



# Bericht aus Brüssel

11/2024 vom 31.05.2024

Vertretung des Landes Hessen bei der Europäischen Union  
21, Rue Montoyer, B- 1000 Brüssel  
Tel.: 0032.2.739.59.00 Fax: 0032.2.732.48.13  
E-mail: [hessen.eu@lv-bruessel.hessen.de](mailto:hessen.eu@lv-bruessel.hessen.de)

## Inhaltsverzeichnis

Institutionelles.....	3
Außen- und Verteidigungspolitik.....	3
Wirtschaft.....	5
Verkehr.....	8
Energie.....	10
Digital.....	10
Forschung.....	11
Finanzdienstleistungen.....	13
Finanzen.....	14
Soziales.....	14
Gesundheit und Verbraucherschutz .....	15
Justiz.....	15
Inneres.....	16
Bildung und Kultur.....	17
Information, Kommunikation und Medien .....	18
Veranstaltungen.....	19
Vorschau .....	19

### **Rat; Billigung von Schlussfolgerungen zur demokratische Resilienz und zum Schutz von Wahlprozessen**

Der Rat hat am 21.05.2024 Schlussfolgerungen zur demokratischen Resilienz und dem Schutz von Wahlprozessen vor allen Formen ausländischer Einflussnahme gebilligt. Die Schlussfolgerungen des Rates enthalten einen Überblick über die verschiedenen Mechanismen, die der EU zur Verfügung stehen, um hybriden Bedrohungen und ausländischer Einflussnahme entgegenzuwirken und Wahlen zu schützen. Der Rat fordert die EU-Organe und die Mitgliedstaaten auf, ihre Maßnahmen zu intensivieren, um Versuche ausländischer Akteure, in den demokratischen Prozess der EU einzugreifen, zu überwachen.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2024/05/21/cybersecurity-council-approves-conclusions-for-a-more-cyber-secure-and-resilient-union/>

### **Kommission; Empfehlungen des Europäischen Bürgerforums**

Vom 17.05.2024 bis zum 19.05.2024 fand die Abschlusssitzung des Europäischen Bürgerforums „Hass in der Gesellschaft“ statt, an welcher 150 europäische Bürgerinnen und Bürger teilnahmen. Die Kommission hatte im vergangenen Jahr eine Mitteilung veröffentlicht, welche einen Dialog in der EU gegen den Hass in vielen Politikbereichen fordert. Auf diese Aufforderung zum Dialog antwortete das Europäische Bürgerforum nun mit einer Diskussion über Ursachen und Möglichkeiten der Bekämpfung von Hass und gab abschließend 21 Empfehlungen. Diese Empfehlungen sollen Kommission und nationalen Behörden Möglichkeiten aufzeigen, wie man gegen Hass vorgehen und gegenseitigen Respekt fördern kann. Die Beiträge des Forums werden von der Kommission geprüft und in deren künftige Arbeiten miteinbezogen. Vorgesehen ist auch eine Feedback-Veranstaltung, bei welcher die Kommission darlegen möchte, wie die Empfehlungen umgesetzt werden können.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_24\\_2722](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_24_2722)

### **Kommission; Demografiedaten in der EU**

Das Europäische Statistische Amt (Eurostat) hat neue Zahlen zur Entwicklung der Bevölkerung in der EU veröffentlicht. Zum Stichtag 01.01.2023 lebten in der EU 448,8 Mio. Menschen. DEU ist mit 84,4 Mio. (das sind 19% der gesamten EU-Bevölkerung) das bevölkerungsreichste EU-Land, gefolgt von FRA (68,2 Mio.15%), ITL (59,0 Mio., 13 %), ESP (48,1 Mio., 11 %) und POL (36,8 Mio., 8 %). Die EU-Länder mit den wenigsten Einwohnern sind MTA (542.000 Menschen, 0,1 %), LUX (661.000, 0,1 %) und CYP (921.000, 0,2). Im vergangenen Jahr lag die durchschnittliche Lebenserwartung bei der Geburt bei 81,5 Jahren. Im Jahr zuvor waren es 80,6 Jahre. Blickt man weiter zurück ins Jahr 2003, lässt sich der Trend hin zu einem längeren Leben klarer erkennen: Damals lag die Lebenserwartung bei 77,7 Jahren. All Informationen zur Demografie in der EU lassen sich auf interaktiven Karten aufrufen.

<https://ec.europa.eu/eurostat/web/interactive-publications/demography-2024?etrans=de>

## Außen- und Verteidigungspolitik

### **Rat; Unterstützung der Ukraine durch außerordentliche Einnahmen aus Russlands immobilisierten Vermögenswerten**

Der Rat hat am 21.05.2024 vor dem Hintergrund des anhaltenden Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine eine Reihe von Rechtsakten angenommen. Damit soll

sichergestellt werden, dass Nettogewinne aus unerwarteten und außerordentlichen Einnahmen, die den Zentralverwahrern in der EU infolge der Umsetzung der restriktiven Maßnahmen der EU zufließen, für die weitere militärische Unterstützung der Ukraine sowie für die Kapazitäten und den Wiederaufbau der Verteidigungsindustrie genutzt werden können. Dies bedeutet, dass die Zentralverwahrer, die Vermögenswerte und Reserven Russlands in Höhe von mehr als 1 Mio. EUR halten, aus ihren entsprechenden Nettogewinnen, die sich seit dem 15.02.2024 angesammelt haben, einen finanziellen Beitrag leisten werden. Die Beträge sollen für die weitere militärische Unterstützung der Ukraine im Rahmen der Europäischen Friedensfazilität sowie für die Unterstützung der Kapazitäten der Verteidigungsindustrie der Ukraine und des Wiederaufbaubedarfs im Rahmen von EU-Programmen verwendet werden.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2024/05/21/extraordinary-revenues-generated-by-immobilised-russian-assets-council-greenlights-the-use-of-windfall-net-profits-to-support-ukraine-s-self-defence-and-reconstruction/>

### **Rat; Russland, neue Sanktionsregelung**

Der Rat hat am 27.05.2024 eine neue Sanktionsregelung eingeführt, die auf jene abzielt, die für schwere Menschenrechtsverletzungen oder -verstöße, für Repressionen gegen die Zivilgesellschaft und die demokratische Opposition und für die Untergrabung der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit in Russland verantwortlich sind. Die EU sei besorgt über die anhaltende Verschlechterung der Menschenrechtslage in Russland, insbesondere in Anbetracht des Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine und verurteile weiterhin die drastische Ausweitung restriktiver Rechtsvorschriften, die systematischen und sich verschärfenden Repressionsmaßnahmen gegen die Zivilgesellschaft und Menschenrechtsverteidiger sowie das harte Vorgehen gegen unabhängige Medien, einzelne Journalistinnen und Journalisten sowie Medienschaffende, Mitglieder der politischen Opposition und andere kritische Stimmen, die in der gesamten Russischen Föderation und außerhalb des Landes aktiv sind. Damit will die EU auch gegen diejenigen vorgehen, die Personen und Organisationen, die in Russland Menschenrechtsverletzungen begehen, finanziell, technisch oder materiell unterstützen, oder die mit diesen Personen und Organisationen anderweitig Umgang pflegen oder in Verbindung stehen. Darüber hinaus werden mit der neuen Sanktionsregelung Ausfuhrbeschränkungen für Ausrüstung, die zur internen Repression verwendet werden kann, sowie für Ausrüstung, Technologie oder Software, die in erster Linie für die Informationssicherheit und die Überwachung oder das Abhören des Telekommunikationsverkehrs bestimmt sind, eingeführt. Der Rat hat ebenfalls im Rahmen der neuen Regelung beschlossen, eine Organisation und 19 natürliche Personen in die Sanktionsliste aufzunehmen, die unter anderem mit dem Tod von dem russische Oppositionspolitiker Alexej Nawalny in Zusammenhang gebracht werden können. Deren Vermögenswerte werden eingefroren. Darüber hinaus ist es Bürgerinnen und Bürgern und Unternehmen der EU verboten, ihnen finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen. Für natürliche Personen gilt zusätzlich ein Reiseverbot, das sie an der Einreise in und der Durchreise durch EU-Gebiet hindert.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2024/05/27/russia-eu-sets-up-new-country-specific-framework-for-restrictive-measures-against-those-responsible-for-human-rights-violations-and-lists-20-persons/>

### **Kommission; Rat; Unterstützung für Syrien**

Bei der Geber-Konferenz für Syrien am 27.05.2024 hat die EU 2,12 Mrd. EUR für 2024 und 2025 zugesagt. Mit dieser Hilfe sollen Syrerinnen und Syrer, sowohl in Syrien als auch in Nachbarländern sowie ihre Aufnahmegemeinschaften in der Türkei, im

Libanon, in Jordanien und im Irak unterstützt werden. An dem Treffen nahmen Vertreter der EU-Mitgliedstaaten, der Nachbarländer Syriens, anderer Partnerländer und Geber sowie internationaler Organisationen, einschließlich der Vereinten Nationen, teil. Dabei wurde erneut auf die Notwendigkeit eines politischen Prozesses in Syrien im Einklang mit der Resolution 2254 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen hingewiesen.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_24\\_2841](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_24_2841)

### **Kommission; Erklärung EU zu georgischem Gesetz**

Die Kommission hat am 28.05.2024 gemeinsam dem Hohen Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik und Vizepräsident der Kommission, Josep Borrell, eine Erklärung zum georgischen Gesetz über die Transparenz ausländischer Einflussnahme abgegeben. Darin wird bekräftigt, dass dieses Gesetz gegen Grundprinzipien und Werte der EU verstoße. Die EU bedauert, dass das georgische Parlament das Veto von Präsidentin Salome Surabischwili überstimmt und das Gesetz endgültig beschlossen habe. Das neue Gesetz führe zu Rückschritten auf dem Weg Georgiens in die EU. In der Erklärung fordert die EU die georgischen Behörden auf, diesen Trend umzukehren und entschlossen auf dem Weg in die EU zurückzukehren. Die EU und ihre Mitgliedstaaten prüfen derzeit alle Optionen, um auf diese Entwicklungen zu reagieren. Man stehe weiterhin an der Seite des georgischen Volkes und erkenne an, dass sich die überwältigende Mehrheit der Menschen in Georgien für eine europäische Zukunft ihres Landes entschieden habe.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/statement\\_24\\_2945](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/statement_24_2945)

## Wirtschaft

### **Kommission; Konsultation zu dem Wirtschafts- und Handelsabkommen zwischen der EU und Kanada (CETA)**

Für die Zeit vom 28.05.2024 bis zum 16.09.2024 stellt die Kommission das Wirtschafts- und Handelsabkommen CETA zur Konsultation. Das Abkommen bildet nach Ansicht der Kommission den Rahmen für eine nachhaltige und für beide Seiten vorteilhafte zukunftsorientierte Handels- und Wirtschaftspartnerschaft zwischen der EU und Kanada. Die Kommission plant die Veröffentlichung einer faktengestützten Bewertung des Abkommens, in der wirtschaftliche, soziale und ökologische Auswirkungen analysiert werden.

[https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13821-Umfassendes-Wirtschafts-und-Handelsabkommen-zwischen-der-EU-und-Kanada-CETA-Bewertung\\_de](https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13821-Umfassendes-Wirtschafts-und-Handelsabkommen-zwischen-der-EU-und-Kanada-CETA-Bewertung_de)

### **Kommission; Genehmigung deutscher Beihilferegulung in Höhe von 1,7 Mrd. EUR zur Unterstützung von Schienengüterverkehrsunternehmen**

Die Kommission genehmigte am 21.05.2024 eine von DEU angemeldete und mit 1,7 Mrd. EUR ausgestattete nationale Regelung zur Unterstützung von Schienengüterverkehrsunternehmen, die im Einzelwagen- und Ganzzugverkehr tätig sind. Nach Ansicht der Kommission wird die Regelung dazu beitragen, dass der Schienengüterverkehr wettbewerbsfähig und seine Umweltleistung erhalten bleibt. Ziel der Regelung ist es, einen Teil der hohen Betriebskosten zu decken. Durch die Förderung eines umweltfreundlicheren Verkehrsmittels soll nach Ansicht der Kommission die Verkehrsverlagerung von der Straße auf die Schiene unterstützt werden.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_24\\_2687](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_24_2687)

### **Kommission; Eröffnung Sitzung des Ausschusses zu kritischen Rohstoffen**

Am 23.05.2024 trat die Verordnung zu kritischen Rohstoffen in Kraft und taggleich eröffnete Exekutiv-Vizepräsident Šefčovič die erste Sitzung des Ausschusses für kritische Rohstoffe. Durch die Verordnung soll eine diversifizierte, sichere und nachhaltige Versorgung mit kritischen Rohstoffen für die Industrie der EU sichergestellt werden. In der Verordnung wird u.a. der Kreislauf kritischer Rohstoffe und deren effiziente Nutzung durch die Schaffung von Wertschöpfungsketten für recycelte kritische Rohstoffe durch die Verordnung verbessert. Damit die Widerstandsfähigkeit der Lieferketten gewährleistet wird, ermöglicht die Verordnung die Überwachung der Lieferketten für kritische Rohstoffe sowie den Informationsaustausch und in Zukunft eine Koordinierung der strategischen Rohstoffvorräte auf der Ebene der Mitgliedstaaten und der großen Unternehmen.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_24\\_2748](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_24_2748)

### **Rat; Tagung des Wettbewerbsfähigkeitsrats in der Formation Raumfahrt**

Am 23.05.2024 tagte der Weltraumrat und verabschiedete Schlussfolgerungen zum Thema „Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit Europas durch Raumfahrt“. Zudem führte der Rat eine Grundsatzdebatte zu einem künftigen „europäischen Weltraumgesetz, Sicherheit, Resilienz und Nachhaltigkeit der Weltraumtätigkeiten in der Union“. Der Text der Schlussfolgerungen wurde auf der nachfolgenden gemeinsamen Tagung mit dem ESA-Rat (Vorsitzland DEU) wortgleich verabschiedet. Schwerpunkt dieser Sitzung war eine politische Aussprache zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit Europas durch die Raumfahrt.

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-9934-2024-INIT/de/pdf/>

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2024/05/23/council-adopts-conclusions-on-the-contribution-of-space-to-europe-s-competitiveness/>

### **Rat; Annahme von Schlussfolgerungen zur Zukunft des Binnenmarktes**

Am 24.05.2024 tagte der Wettbewerbsfähigkeitsrat in der Formation Binnenmarkt und Industrie. Er nahm Schlussfolgerungen zur Lage und Zukunft des Binnenmarktes an. Ziel der Schlussfolgerungen ist es, u.a. den Rechtsrahmen des Binnenmarktes zu verbessern, um so seinen Nutzen zu steigern. So fordert der Rat, dass unnötiger Verwaltungsaufwand beseitigt und die Einhaltung von Vorschriften (durch Verringerung übermäßiger Berichtspflichten) vereinfacht wird. In den Schlussfolgerungen wird außerdem gefordert, dass die Hindernisse ermittelt und beseitigt werden, die dem Wachstum von Unternehmen, einschließlich KMU, entgegenstehen. Weiterhin sollen bei künftigen Rechtsvorschriften digitale Lösungen zur Anwendung gebracht werden. Auch werden die Kommission und die Mitgliedstaaten aufgefordert, den freien Waren- und Dienstleistungsverkehr im Binnenmarkt durch Harmonisierung und gegenseitige Anerkennung weiter zu stärken.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2024/05/24/council-adopts-conclusions-on-the-future-of-the-single-market/>

### **Rat; Annahme von Schlussfolgerungen zur Industriepolitik**

Am 24.05.2024 nahm der Wettbewerbsfähigkeitsrat Schlussfolgerungen zum Thema „Eine wettbewerbsfähige europäische Industrie als Motor für unsere grüne, digitale und widerstandsfähige Zukunft“ an. In den Schlussfolgerungen werden u.a. die aus Sicht des Rates wichtigsten Grundsätze einer künftigen Industriepolitik der EU vorgelegt. Im Rahmen der Schlussfolgerungen wird Innovation als treibende Kraft für die Wettbewerbsfähigkeit Europas betrachtet. In diesem Zusammenhang wird gefordert, eine begrenzte Zahl strategischer Prioritäten in der EU-Politik für industrielle Forschung und Innovation festzulegen. Hinsichtlich des Finanzierungsaspekts wird



u.a. dargelegt, dass die Kapitalmarktunion vorangebracht werden müsse und dass bestehende Instrumente und Institutionen wie z.B. die Europäische Investitionsbank genutzt werden sollten.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2024/05/24/council-adopts-conclusions-on-the-future-of-industrial-policy/>

### **Rat; formelle Annahme der Richtlinie über die Sorgfaltspflichten von Unternehmen**

Am 24.05.2024 nahm der Wettbewerbsfähigkeitsrat die Richtlinie über die Sorgfaltspflichten von Unternehmen im Hinblick auf Nachhaltigkeit förmlich an. Diese Richtlinie gilt für Unternehmen mit mehr als 1 000 Beschäftigten und einem Umsatz von mehr als 450 Mio. EUR, deren Tätigkeiten von der vorgelagerten Herstellung von Waren oder der Erbringung von Dienstleistungen bis hin zum nachgelagerten Vertrieb, Transport oder der Lagerung von Waren reichen. Diese Unternehmen müssen ein risikobasiertes System einführen und umsetzen, um Menschenrechtsverstöße sowie Umweltschäden gemäß der Richtlinie zu überwachen, zu verhindern und gegebenenfalls zu beheben. Die Pflichten im Zusammenhang mit den Menschenrechten und der Umwelt müssen in der gesamten Aktivitätskette eingehalten werden.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2024/05/24/corporate-sustainability-due-diligence-council-gives-its-final-approval/>

### **Rat; Annahme von Schlussfolgerungen zum Bericht des Rechnungshofs über das öffentliche Beschaffungswesen**

Am 24.05.2024 nahm der Wettbewerbsfähigkeitsrat Schlussfolgerungen zum Sonderbericht des Europäischen Rechnungshofs (EuRH) über das öffentliche Auftragswesen in der EU an. Die Schlussfolgerungen schlagen u.a. die Einführung eines EU-weiten strategischen Aktionsplans für das öffentliche Auftragswesen als eine der Prioritäten für die nächste Amtszeit der Kommission vor. In den Schlussfolgerungen werden der Bericht des Rechnungshofs und seine Empfehlungen begrüßt. Es wird die Straffung und Verbesserung der Vorschriften für das öffentliche Auftragswesen und die Einleitung einer eingehenden Analyse des bestehenden Rechtsrahmens gefordert. Es wird empfohlen, die Interessengruppen zu konsultieren, bewährte Verfahren zu fördern, die Professionalisierung sicherzustellen und einen EU-weiten strategischen Aktionsplan für das öffentliche Auftragswesen in der EU auf den Weg zu bringen.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2024/05/24/council-adopts-conclusions-on-the-court-of-auditors-report-on-public-procurement/>

### **Rat, formelle Annahme Netto-Null-Industrie-Verordnung**

Der Rat nahm am 27.05.2024 förmlich die Netto-Null-Industrie-Verordnung an. Deren Ziel ist es u.a., die industrielle Einführung sogenannter Netto-Null-Technologien zur Erreichung der Klimaziele der EU zu fördern. Die Förderung soll erfolgen, indem das Potenzial des Binnenmarkts dazu genutzt wird, die Führungsrolle der EU im Bereich grüne Industrietechnologien zu stärken. Weiter wird vorgeschlagen, günstige Regelungsrahmen (sogenannte Reallabore) für das Entwickeln, Testen und Validieren innovativer Technologien zu schaffen, um Innovationen zu fördern.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2024/05/27/industrial-policy-council-gives-final-approval-to-the-net-zero-industry-act/>

### **Kommission; Vereinbarung zur Zusammenarbeit EU und Australien bei nachhaltigen kritischen und strategischen Mineralien**

Am 28.05.2024 unterzeichneten die EU und Australien eine Vereinbarung über eine bilaterale Partnerschaft zur Zusammenarbeit bei nachhaltigen kritischen und strategischen Mineralien. Ziel der Partnerschaft ist es u.a., dass die EU ihre Versorgung mit Materialien, die für den ökologischen und den digitalen Wandel erforderlich sind, diversifiziert und gleichzeitig zur Entwicklung des Sektors für kritische Mineralien in Australien beiträgt. Die Partnerschaft deckt die gesamte Wertschöpfungskette für kritische und strategische Mineralien ab.

<https://ec.europa.eu/docsroom/documents/59714>

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_24\\_2904](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_24_2904)

### **Kommission; Genehmigung staatlicher Beihilfen für Vorhaben von gemeinsamen europäischem Interesse zu Wasserstoff**

Die Kommission genehmigte am 28.05.2024 ein viertes Vorhaben von gemeinsamem europäischem Interesse („Important Project of Common European Interest“ – „IPCEI“) zur Förderung von Forschung, Innovation und erster gewerblicher Nutzung in der Wasserstoff-Wertschöpfungskette. Das Vorhaben soll das EU-Ziel, die Emissionen aus Mobilität und Verkehr um 90 % zu reduzieren, unterstützen. Das Projekt mit der Bezeichnung „IPCEI Hy2Move“ wurde von sieben Mitgliedstaaten (MS) gemeinsam vorbereitet und angemeldet: DEU, EST, FRA, ITL, den NDL, der SLK und ESP. Diese werden bis zu 1,4 Mrd. EUR an öffentlichen Mitteln bereitstellen. Im Rahmen des Projekts werden 11 Unternehmen, unter denen sich auch kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sowie Start-ups befinden, 13 Vorhaben durchführen. Indem technologische Innovationen gefördert werden, wird das Projekt nach Ansicht der Kommission einen Großteil der Wertschöpfungskette in der Wasserstofftechnologie abdecken.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_24\\_2851](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_24_2851)

### **Rat; Annahme des Beschlusses über den Abschluss des Wirtschaftspartnerschaftsabkommens zwischen der EU und Kenia**

Der Rat Auswärtige Angelegenheiten in der Formation Handel hat am 30.05.2024 einen Beschluss über die Unterzeichnung des Abschlusses des Wirtschaftspartnerschaftsabkommens zwischen der EU und Kenia angenommen. Dieses wird nach Ansicht des Rates den Warenhandel fördern und neue wirtschaftliche Möglichkeiten schaffen, wobei eine gezielte Zusammenarbeit zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung Kenias vorgesehen ist. Das Abkommen sieht einen zoll- und quotenfreien Zugang zum EU-Markt für alle kenianischen Exporte (außer Waffen) vor, sowie eine teilweise und schrittweise Öffnung des kenianischen Marktes für Importe aus der EU. Das Abkommen enthält zudem u.a. verbindliche Bestimmungen zu Handel und nachhaltiger Entwicklung, wie Klima- und Umweltschutz und Arbeitnehmerrechte, sowie einen transparenten Streitbeilegungsmechanismus.

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-15954-2023-INIT/de/pdf>

## V e r k e h r

### **Kommission; Konsultation zur Evaluierung der Gruppenfreistellungsverordnung für den Kraftfahrzeugsektor**

Für die Zeit vom 27.05.2024 bis zum 24.06.2024 stellt die Kommission die Gruppenfreistellungsverordnung für den Kraftfahrzeugsektor zur Konsultation. Nach der Gruppenfreistellungsverordnung sind bestimmte Gruppen von vertikalen



Vereinbarungen und aufeinander abgestimmten Verhaltensweisen im Kraftfahrzeugsektor von Artikel 101 Absatz 1 AEUV ausgenommen. Ziel dieser Konsultation ist es, die Verordnung vor ihrem Auslaufen am 31.05.2028 zu evaluieren. [https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/14126-Gruppenfreistellungsverordnung-fur-den-Kraftfahrzeugsektor-Evaluierung\\_de](https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/14126-Gruppenfreistellungsverordnung-fur-den-Kraftfahrzeugsektor-Evaluierung_de)

### **Kommission; Konsultation zu einem Verordnungsentwurf bezüglich Ereignisdatenspeicher bei der Fahrzeugsicherheit**

Für die Zeit vom 21.05.2024 bis zum 18.06.2024 stellt die Kommission einen Verordnungsentwurf zum Ereignisdatenspeicher bei der Fahrzeugsicherheit zur Konsultation. Ereignisdatenspeicher tragen dazu bei, genauere und vollständigere Daten für die Unfallforschung und -analyse zu erhalten. Sie sind bereits für neue Typen von Personenkraftwagen und leichten Nutzfahrzeugen verbindlich. Gemäß der Verordnung über die allgemeine Sicherheit muss die Kommission auch technische Anforderungen und Prüfverfahren für neue Typen schwerer Nutzfahrzeuge annehmen. [https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/14178-Fahrzeugsicherheit-Ereignisdatenspeicher-neue-Vorschriften-fur-die-Typgenehmigung-von-schweren-Nutzfahrzeugen-und-selbststandigen-technischen-Einheiten\\_de](https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/14178-Fahrzeugsicherheit-Ereignisdatenspeicher-neue-Vorschriften-fur-die-Typgenehmigung-von-schweren-Nutzfahrzeugen-und-selbststandigen-technischen-Einheiten_de)

### **Kommission; Konsultation zu dem Verordnungsentwurf bezüglich der Verrechnung und Reduzierung von Kohlenstoffdioxid für die internationale Luftfahrt**

Für die Zeit vom 16.05.2024 bis zum 13.06.2024 stellt die Kommission einen Verordnungsentwurf zur Verrechnung und Reduzierung von Kohlenstoffdioxid für die internationale Luftfahrt (CORSIA) zur Konsultation. Mit der Richtlinie 2003/87 wird das System zur Verrechnung und Reduzierung von Kohlenstoffdioxid für die internationale Luftfahrt im Rahmen der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation (ICAO) umgesetzt. Gemäß Artikel 12 Abs. 8 muss die Kommission detaillierte Vorschriften für die Berechnung der Kompensationspflichten im Rahmen von CORSIA für Emissionen bis 2026 festlegen. Die Vorschriften stützen sich auf die Standards und Empfehlungen von CORSIA in der Auslegung durch die Richtlinie.

[https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/14064-System-zur-Verrechnung-und-Reduzierung-von-Kohlenstoffdioxid-fur-die-internationale-Luftfahrt-CORSIA-Regeln-fur-die-Berechnung-der-Kompensationspflichten\\_de](https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/14064-System-zur-Verrechnung-und-Reduzierung-von-Kohlenstoffdioxid-fur-die-internationale-Luftfahrt-CORSIA-Regeln-fur-die-Berechnung-der-Kompensationspflichten_de)

### **EuGH; Abweisung der Rechtsmittel von Ryanair gegen ein Urteil zu den von FIN gewährten Beihilfen für Finnair angesichts der Coronakrise**

Am 30.05.2024 entschied der EuGH in der Rechtsmittelsache C-353/21 P, das von Ryanair eingelegte Rechtsmittel gegen das Urteil vom EuG vom 22.06.2022 vollumfänglich zurückzuweisen. Alle fünf von Ryanair vorgelegten Rechtsmittelgründe greifen aus Sicht des EuGH nicht. Vor allem habe das Gericht der EU (EuG) rechtsfehlerfrei festgestellt, dass die Kommission nicht verpflichtet war, die positiven Auswirkungen der streitigen Maßnahme gegen ihre nachteiligen Auswirkungen auf die Handelsbedingungen und die Aufrechterhaltung eines unverfälschten Wettbewerbs abzuwägen. Mit Beschluss vom 09.06.2020 genehmigte die Kommission eine Rekapitalisierung von Finnair in Höhe von 286 Mio. EUR. Ryanair klagte gegen diese Genehmigung vor dem EuG, das diese Klage abwies. Daraufhin legte Ryanair Rechtsmittel beim EuGH ein.

<https://curia.europa.eu/juris/liste.jsf?num=C-353/21>

## Energie

### **Rat; formelle Annahme Strommarktverordnung**

Der Rat nahm am 21.05.2024 die Strommarktverordnung formell an. Mit den neuen Vorschriften erhält der Rat die Befugnis, auf der Grundlage eines Vorschlags der Kommission im Falle sehr hoher Preise auf den Stromgroßhandelsmärkten oder bei einem starken Anstieg der Preise für Endkunden eine Krise auszurufen. Des Weiteren soll die Reform nach Ansicht des Rates dazu beitragen, für Verbraucher in der gesamten EU stabilere Energiepreise garantieren.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2024/05/21/electricity-market-reform-council-signs-off-on-updated-rules/>

### **Rat; formelle Annahme der Verordnung sowie der Richtlinie zur Festlegung von Binnenmarktvorschriften für Gase sowie Wasserstoff**

Der Rat nahm am 21.05.2024 die Verordnung und die Richtlinie zur Festlegung gemeinsamer Binnenmarktvorschriften für erneuerbare und natürliche Gase sowie Wasserstoff und zur Reform der bestehenden EU-Gasvorschriften formell an. Die neuen Vorschriften werden nach Ansicht des Rates dazu beitragen, den Übergang zu erneuerbaren und kohlenstoffarmen Gasen, insbesondere Wasserstoff, im Energiesystem zu vollziehen, um die Dekarbonisierungsziele der EU zu erreichen.

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/PE-105-2023-INIT/de/pdf>  
<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/PE-104-2023-INIT/de/pdf>

### **Rat; Annahme Schlussfolgerungen zur Stromnetzinfrastruktur in der EU**

Der Energierat nahm am 30.05.2024 Schlussfolgerungen zur Stromnetzinfrastruktur in der EU an. In den Schlussfolgerungen werden u.a. Maßnahmen für ein zusammenhängendes und widerstandsfähiges Stromnetz in Europa vorgeschlagen. Diese sollen nach Ansicht des Rates die Energiesicherheit gewährleisten und die Dekarbonisierung in der EU erreichen. In den Schlussfolgerungen wird die Notwendigkeit einer langfristigen, koordinierten Planung der Stromnetzinfrastruktur auf europäischer Ebene hervorgehoben, insbesondere im Hinblick auf die wachsende Herausforderung der Überlastung der Netze. Diese Planung sollte mit der „Bottom-up“-Koordinierung der nationalen Pläne auf regionaler Ebene kombiniert werden und die Besonderheiten von Regionen berücksichtigen, die nicht oder nicht ausreichend miteinander verbunden sind.

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-10459-2024-INIT/en/pdf>

## Digital

### **Rat; Sitzung des Rates Telekommunikation**

Am 21.05.2024 fand eine formelle Sitzung des Rates Telekommunikation in Brüssel statt. DEU wurde vom Bundesminister für Digitales und Verkehr, Dr. Volker Wissing, vertreten. Die Ministerinnen und Minister für Telekommunikation haben Schlussfolgerungen über die Zukunft der Digitalpolitik der EU verabschiedet. Darin fordern sie eine wirksame, kohärente und effiziente Umsetzung der erlassenen Rechtsakte sowie eine Reduzierung des Verwaltungsaufwands. Zudem sollten Maßnahmen gegen unerwünschte Folgen des digitalen Wandels auf die Gesellschaft sowie Maßnahmen zum Schutz von Kindern ergriffen werden. Außerdem adressieren die Schlussfolgerungen Themen wie die Wettbewerbsfähigkeit der EU, die Zukunft des digitalen Infrastrukturbedarfs, einen proaktiven Ansatz hinsichtlich der internationalen Dimension, die nachhaltige Transformation sowie digitale Fähigkeiten.

## F o r s c h u n g

### **Rat; Forschungsrat; Forschungssicherheit und internationale Kooperation;**

Der Forschungsrat hat sich am 23.05.2024 insbesondere mit dem Thema Forschungssicherheit befasst. Verabschiedet wurde eine Ratsempfehlung, die eine Reihe von Maßnahmen enthält, um Forschungseinrichtungen bei der Ermittlung und Bewältigung von Sicherheitsrisiken in der Forschung zu unterstützen und um die akademische Freiheit zu schützen. Der Rat fordert, dass die Mitgliedstaaten (MS) nötigenfalls hierfür eine neue Unterstützungsstruktur schaffen, um die Forschungsakteure bei der Bewältigung von Risiken zu stärken. Wichtig sei daher vor allem eine Stärkung der Erkenntnisse und der Kompetenzen für sicherheitspolitische Entscheidungen in der Forschung durch eine Analyse der Bedrohungslandschaft, auch hinsichtlich der Cybersicherheit. Die MS sollen daher auf einen bestmöglichen Informationsaustausch zwischen Forschungs- und Förderorganisationen hinarbeiten. Die Kommission arbeitet daher auf die Einrichtung eines Kompetenzzentrums in diesem Bereich hin. Forschungsorganisationen sollen ihre interne Risikomanagementverfahren systematisch anwenden, um ihre Interessen zu schützen, auch durch Risikobewertung und Durchführung von Due-Diligence-Prüfungen bei potenziellen Partnern. Eine Kooperation zwischen Förderungsorganisationen einerseits und Nachrichtendiensten andererseits soll erleichtert werden. Grundlegende Empfehlung ist die Stärkung des Wissens, der Kompetenzen und des Erfahrungsaustausches in dem Bereich.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2024/05/23/council-adopts-a-recommendation-to-enhance-research-security/>

### **Rat; Forschungsrat; Hochleistungsrechnen; Einigung des Rates**

Der Forschungsrat hat sich am 23.05.2024 unter BEL Vorsitz auch mit der Nutzung des Hochleistungsrechnens für die KI-Entwicklung befasst und in diesem Bereich eine politische Einigung erreicht. Zur Beratung stand die Verordnung zur Ausweitung der Ziele des Gemeinsamen Unternehmens für europäisches Hochleistungsrechnen (EuroHPC). Hierdurch soll das Engagement der EU auf dem Feld der künstlichen Intelligenz (KI) gestärkt werden. Mit der Verordnung erhält das Gemeinsame Unternehmen (GU) EuroHPC ein zusätzliches Ziel: die Entwicklung und den Betrieb von KI-Fabriken zur Unterstützung eines KI-Ökosystems. KI-Fabriken sollen als Einrichtungen fungieren, die eine Infrastruktur für KI-Hochleistungsrechen-dienste bereitstellen. Ferner wird mit der Verordnung innovativen europäischen Start-up-Unternehmen im Bereich KI die Hochleistungsrechenkapazität der Union weiter zur Verfügung gestellt, damit sie ihre Modelle trainieren können. Mit der vorgeschlagenen Änderung wird der Geltungsbereich der Verordnung erweitert, in der die Ziele von EuroHPC festgelegt sind. Bis dato hat das GU EuroHPC neun Supercomputer in ganz Europa beschafft. Mit der Einigung des Rates soll sichergestellt werden, dass die von den KI-Fabriken abgedeckten Tätigkeiten faire Zugangsmöglichkeiten zu den KI-Supercomputern bieten und sie einer größeren Zahl öffentlicher und privater Nutzer zugänglich gemacht werden. In der Verordnung werden Start-up-Unternehmen sowie kleine und mittlere Unternehmen ausdrücklich als mögliche Nutznießer der KI-Supercomputer genannt. Das Eigentum an den KI-Supercomputern kann gemäß der Einigung fünf Jahre, nachdem das Gerät erfolgreich abgenommen wurde, an die Aufnahmeeinrichtung übertragen werden.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2024/05/23/ai-council-reaches-political-agreement-on-the-use-of-super-computing-for-ai-development/>

### **Kommission; Forschungsgrants; Horizont Europa; Finanzhilfvereinbarung**

Am 08.05.2024 hat die Kommission (Generaldirektion Forschung und Innovation) eine erste vollständig mit Hinweisen kommentierte Version der sog. Finanzhilfvereinbarung (auf Englisch: Model Grant Agreement, kurz: MGA) für Antragstellende im Programm Horizont Europa veröffentlicht. Das Dokument steht im Funding & Tenders Portal der Kommission bereit. Somit liegt nach Vorentwürfen eine nun vollständige, zu allen Artikeln kommentierte Version als Nachschlagewerk vor. Das Dokument soll den Nutzern helfen, ihre Finanzhilfvereinbarungen (GAs) besser zu verstehen und zu interpretieren. Durch den Verzicht auf technisches Vokabular, juristische Verweise und Fachjargon soll es den Antragstellenden helfen, Antworten auf praktische Fragen zu finden, denen sie bei der Einrichtung oder Durchführung ihrer Projekte begegnen. In diesem Sinne spiegelt die Struktur des Dokuments die Struktur der EU-Musterfinanzhilfvereinbarungen (MGAs) wider.

[https://ec.europa.eu/info/funding-tenders/opportunities/docs/2021-2027/common/guidance/aga\\_en.pdf](https://ec.europa.eu/info/funding-tenders/opportunities/docs/2021-2027/common/guidance/aga_en.pdf)

### **Rat; Forschungsrat; Bewertung des Forschungsrahmenprogramms;**

Der Forschungsrat hat sich am 23.05.2024 in seiner Tagung unter BEL Vorsitz auch mit dem letzten Forschungsrahmenprogramm Horizont 2020 befasst. Verabschiedet wurden Schlussfolgerungen, die als politische Leitlinien für die Vorbereitung des künftigen Rahmenprogramms (FP10) dienen sollen. In den Schlussfolgerungen wird die zentrale Rolle des Rahmenprogramms bei der Unterstützung von Forschung und Innovation auf EU-Ebene bestätigt, das auf dem Streben nach Exzellenz beruht, und seine wissenschaftlichen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Auswirkungen hervorgehoben. In den Schlussfolgerungen werden auch erhebliche Unterschiede in Bezug auf die Beteiligungs- und Erfolgsquoten zwischen den Mitgliedstaaten festgestellt, und es wird dazu aufgerufen, einen wirksameren Ansatz zu prüfen, der eine breitere Beteiligung fördert. Die Ratsdelegationen halten fest, dass Horizont 2020 zu stark überzeichnet war. Synergien zwischen den Förderprogrammen seien nötig. Besonders wichtig seien die Förderlinien Europäischer Forschungsrat (ERC) und die Mobilitätsförderung (MSCA). Eine Entbürokratisierung des Horizon-Programms werde angestrebt. Inhaltlich müssten die Sozial- und Geisteswissenschaften noch gestärkt werden. Niedrigschwelligere Förderausschreibungen seien vonnöten. Dies könne durch niedrigere „TRL“-Parameter in den Ausschreibungen erreicht werden. Forscherinnen sollten noch stärker als bisher im Forschungsrahmenprogramm beteiligt werden. Die Partnerschaften (d.h. Assoziierungen von Partnerländern) seien sehr relevant.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2024/05/23/council-approves-conclusions-on-the-evaluation-of-horizon-2020/>

### **Kommission; Horizont Europa; Mission; Anpassung an den Klimawandel**

Am 16.05.2024 hat die Kommission einen neuen Tätigkeitsbericht zur EU-Mission zum Thema Anpassung an den Klimawandel veröffentlicht. Dieser befasst sich mit den Fortschritten und Prioritäten bei der Bekämpfung des Klimawandels. Der Bericht konzentriert sich auf die Aktivitäten dieser EU-Mission zur Unterstützung von regionalen und lokalen Behörden bei der Vorbereitung auf die Folgen des Klimawandels. Das Dokument enthält Daten, Beispiele und Ergebnisse kollektiver Bemühungen, um intelligentere Anpassungsstrategien und die Entwicklung innovativer Projekte, welche die Widerstandsfähigkeit von Gemeinschaften stärken. Es wird auch auf ausstehende Herausforderungen eingegangen. Ziel der Mission ist

es, bis 2030 mindestens 150 europäische Regionen und Gemeinden zu unterstützen und durch 75 groß angelegte Resilienz-Demonstrationen in mehreren europäischen Regionen konkrete Lösungen zu entwickeln, wobei der Schwerpunkt auf der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit liegt. Zu diesem Zweck hat die Kommission innerhalb des Arbeitsprogramms 2023-2024 von Horizont Europa ein Budget von 124 Mio. EUR für die Mission bereitgestellt. Verschiedene Förderausschreibungen im Rahmen der Mission sind bis zum 28.09.2024 geöffnet.

[https://climate.ec.europa.eu/news-your-voice/news/mission-adaptation-taking-stock-progress-and-promoting-new-opportunities-2024-05-16\\_en](https://climate.ec.europa.eu/news-your-voice/news/mission-adaptation-taking-stock-progress-and-promoting-new-opportunities-2024-05-16_en)

### **Kommission; Forschungsmobilität; Förderprogramm Marie Curie**

Die Kommission hat am 29.05.2024 einen neuen Fördercall im Programm Horizont Europa in der Förderlinie Marie-Sklodowska-Curie-Maßnahmen (MSCA) geöffnet. Mit den MSCA werden auf Antrag exzellente Anträge für Forschungsmobilitäts-Maßnahmen von der Kommission gefördert. Der Fördercall richtet sich an Anträge für Doktorandennetzwerke und läuft bis zum 27.11.2024. Mit dem Call sollen Konsortien gefördert werden, die sich an Netzwerken zur Einstellung und Ausbildung von Doktorandinnen und Doktoranden beteiligen. Iliana Ivanova, EU-Kommissarin für Innovation, Forschung, Kultur, Bildung und Jugend, erklärte, die Doktorandennetzwerke im Rahmen der MSCA verbesserten die Qualität der Doktorandenausbildung in ganz Europa und weltweit. Ivanova ermutige Organisationen aus allen Sektoren, sich zu bewerben und strategische Partnerschaften aufzubauen, um Spitzenforscherinnen und -forscher anzuziehen. Die Kommission hat vor, rund 160 Promotionsprogramme zu finanzieren, die mehrere wissenschaftliche Bereiche abdecken und einen starken Fokus auf interdisziplinäre, internationale und sektorübergreifende Zusammenarbeit legen. Es sollen auch Anreize für die Entwicklung von Promotionen in der Industrie gelegt werden.

[https://germany.representation.ec.europa.eu/news/marie-curie-stipendien-uber-600-millionen-euro-eu-unterstutzung-fur-doktoranden-innen-2024-05-29\\_de](https://germany.representation.ec.europa.eu/news/marie-curie-stipendien-uber-600-millionen-euro-eu-unterstutzung-fur-doktoranden-innen-2024-05-29_de)

## Finanzdienstleistungen

### **EuGH, Schlussanträge in der Rechtsmittelsache Anglo Austrian Bank gegen EZB, Entzug der Zulassung als Kreditinstitut wegen Mängeln in der Geldwäschecompliance**

Am 11.04.2024 hat die Generalanwältin ihre Schlussanträge in der Rechtsmittelsache (C-579/22 P) der österreichischen Anglo American Bank (AAB) gegen die EZB vorgelegt. Die EZB in ihrer Funktion als Bankaufsichtsbehörde im Rahmen des Single Supervisory Mechanism hatte der AAB die Zulassung als Kreditinstitut wegen Mängeln in der Geldwäschecompliance entzogen, nachdem die österreichische Geldwäschaufsichtsbehörde wiederholt Aufsichtsmaßnahmen gegen die AAB ergriffen hatte. Die AAB hatte die Entscheidung im ersten Rechtszug im Wesentlichen mit der Begründung angegriffen, die EZB sei nicht zum Vollzug der geldwäschepreventiven Vorschriften berufen. Das Gericht erster Instanz hatte die Klage abgewiesen, da die EZB im vorliegenden Zusammenhang nicht Geldwäscherecht, sondern Bankenaufsichtsrecht angewendet hatte, wonach bei nachhaltigen Mängeln in der Geldwäschecompliance die Zulassung als Kreditinstitut zu entziehen sei (Art. 67 Abs. 1 lit. o iVM Art. 18 lit. f CRD IV (RL 2013/36/EU)). Die Schlussanträge halten an dieser Linie fest.

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/de/TXT/?uri=CELEX:62022CC0579>



## **EP und Rat, Braun-Munzinger zum Mitglied des Einheitlichen Abwicklungsausschusses ernannt**

Nachdem das EP in seiner letzten Plenarsitzung am 23.04.2024 der Ernennung von Karen Braun-Munzinger (DEU) zum neuen Mitglied im Einheitlichen Abwicklungsausschuss (Single Resolution Board, SRB), der europäischen Bankenabwicklungsbehörde, zugestimmt hatte, hat der Rat am 29.04.2024 ebenfalls mit der erforderlichen qualifizierten Mehrheit die Ernennung beschlossen. Karen Braun-Munzinger hat am 13.05.2024 ihr Amt im SRB in Nachfolge von Sebastiano Laviola (ITL) angetreten. Die Amtszeit beträgt 5 Jahre und ist nach derzeit noch geltender Rechtslage nicht verlängerbar. Karen Braun-Munzinger war bisher stellvertretende Leiterin des Zentralbereichs B, Banken und Finanzaufsicht, der Deutschen Bundesbank.

<https://www.srb.europa.eu/en/content/srb-welcomes-new-board-member-karen-braun-munzinger>

## Finanzen

### **Kommission; Frühjahrsprognose 2024 vom 15.05.2024**

Die Kommission hat am 15.05.2024 ihre Frühjahrsprognose zur wirtschaftlichen Entwicklung in der EU vorgelegt. Hiernach wird die Wirtschaft in der EU bei anhaltend gespannter geopolitischer Lage im Zeitraum 2024 wieder leicht wachsen. So wird ein BIP-Wachstum in der EU von 1,0% (Euro-Raum 0,8%) prognostiziert. Positiv wirken sich hierbei eine weiter sinkende Inflation, ein robuster Arbeitsmarkt sowie der anziehende private Konsum aus. Für DEU wird ein BIP-Wachstum von lediglich 0,1% vorausgesagt: Während die Binnennachfrage anziehen werde, werde die Exportnachfrage weiterhin gering bleiben. Auch die Investitionstätigkeit werde aufgrund schwieriger Finanzierungsbedingungen gering bleiben. Die Wirtschaftsprognosen der KOM stehen im Zusammenhang mit dem sog. Europäischen Semester zur makroökonomischen Koordinierung auf EU-Ebene.

[https://economy-finance.ec.europa.eu/document/download/c63e0da2-c6d6-4d13-8dcb-646b0d1927a4\\_en?filename=ip286\\_en.pdf&prefLang=de](https://economy-finance.ec.europa.eu/document/download/c63e0da2-c6d6-4d13-8dcb-646b0d1927a4_en?filename=ip286_en.pdf&prefLang=de)

## Soziales

### **EuGH; Grenzgänger haben Gleichbehandlung bei Kindergeld zu erfahren**

Am 16.05.2024 bekräftigte der EuGH die Gleichbehandlung von Grenzgängerinnen und Grenzgängern beim Bezug von Kindergeld. Demnach haben diese die gleichen sozialen Vergünstigungen zu erhalten wie gebietsansässige Arbeitnehmende. Im Ausgangsfall hat ein in Luxemburg arbeitender und in Belgien wohnender Grenzgänger für ein Pflegekind zuvor luxemburgisches Kindergeld erhalten. Geklagt hatte er gegen die Einstellung der Zahlung, die damit begründet wurde, dass Grenzgänger die Zahlungen, anders als Gebietsansässige, nur noch für ihre eigenen Kinder (leiblich oder adoptiert) erhalten sollten. Der Kläger hat ein Kind, das aufgrund einer BEL Gerichtsentscheidung in seinem Haushalt untergebracht ist.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?jsessionid=AC8BFB53B3E1E05CDEF2365078F5D8C9?text=&docid=286146&pageIndex=0&do-clang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=3234415>



### **Kommission; Mitteilung über die Europäische Gesundheitsunion**

Am 22.05.2024 hat die Kommission eine Mitteilung über die Europäische Gesundheitsunion veröffentlicht. In den letzten vier Jahren habe die EU erhebliche Fortschritte in der Gesundheitspolitik erzielt, besonders durch ihre solidarische Reaktion auf die COVID-19-Pandemie. Als Beispiele führt sie den ermöglichten Zugang zu Impfstoffen, die Einführung des digitalen COVID-Zertifikats und das SURE-Instrument zur Arbeitskraftsicherung von 31 Mio. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern durch die Finanzierung von Kurzarbeit an. International habe man mit dem Team Europa Soforthilfen zur Impfstoffbeschaffung in Höhe von 54 Mrd. EUR bereitgestellt. Als weitere Maßnahmen zur Stärkung der Gesundheitsunion und Krisenreaktionsfähigkeit führt die Kommission an, dass die Europäische Behörde für die Krisenvorsorge und -reaktion bei gesundheitlichen Notlagen (HERA) eingerichtet wurde. Ebenso wurden Vorschriften für mehr Patientensicherheit erlassen und das Konzept „Eine Gesundheit“ zur Bewältigung schwerwiegender Gesundheitsrisiken beschlossen.

[https://health.ec.europa.eu/publications/communication-european-health-union\\_en](https://health.ec.europa.eu/publications/communication-european-health-union_en)

## Justiz

### **EuG; Urteil zur Zulässigkeit der Einziehung von Zwangsgeldern gegen POL durch Verrechnung mit Forderungen (POL/Kommission)**

Das Gericht der EU hat am 29.05.2024 in den Rechtssachen T-200/22 und T-314/22 entschieden, dass die KOM die von POL im Rahmen der Rechtssache betreffend das Bergwerk Turów (C-121/21; Tagebau Turów; Tschechien/Polen) als Zwangsgeld geschuldeten Beträge mit POL Forderungen gegen die EU verrechnen durfte. In der Summe verrechnete die KOM in fünf Beschlüssen 68,5 Mio. EUR für den Zeitraum 20.09.2021-03.02.2022 mit verschiedenen Forderungen von POL gegen die EU. Das mit einer CZR Klage beim EuGH gegen POL am 26.02.2021 begonnene Verfahren um die Vereinbarkeit der Erweiterung und Fortsetzung des Braunkohleabbaus im Tagebau Turów (POL) mit EU-Recht war am 03.02.2022 durch eine gütliche Einigung von POL und CZR beendet worden. Zuvor war POL am 20.09.2021 verurteilt worden, an die KOM ein tägliches Zwangsgeld in Höhe von 500.000 EUR bis zur vollständigen Befolgung einer einstweiligen Anordnung in dieser Sache zu zahlen. Das Gericht der EU hat die POL Klagen vollumfänglich abgewiesen und festgestellt, dass das tägliche Zwangsgeld vom 20.09.2021 bis zur Streichung der Rechtssache im Register des EuGH am 04.02.2022 lief und POL die verrechneten Forderungen anhand der Beschlüsse der KOM genau identifizieren konnte. Die Streichung aus dem Register enthebt POL nicht der Verpflichtung, den als Zwangsgeld bis dahin geschuldeten Betrag zu zahlen. Das akzessorisch zu einer einstweiligen Anordnung verhängte Zwangsgeld ist keine Sanktion, sondern dient zur Durchsetzung der einstweiligen Anordnungen, um die wirksame Anwendung des EU-Rechts sicherzustellen, die dem Wert des in Art. 2 EUV verankerten Rechtsstaatsprinzips, auf dem die Union gründet, inhärent ist.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?jsessionid=2FB2CFC0A362330351052DB1DC5F0C72?text=&docid=286542&pageIndex=0&doclang=de&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=7980027>

## **EuGH; Urteil zur Zahlungsverpflichtung bei Online-Bestellungen (Conny)**

Mit Urteil vom 30.05.2024 (Rechtssache C-400/22) hat der EuGH entschieden, dass bei Fernabsatzverträgen, welche über Webseiten geschlossen werden, der Verbraucher eindeutig darauf hingewiesen werden muss, dass er eine Zahlungsverpflichtung eingeht, wenn er auf einen Bestell-Button oder eine entsprechende Funktion klickt – auch dann, wenn die Zahlungsverpflichtung noch vom Eintritt einer weiteren Bedingung abhängt. Im DEU Ausgangsfall war diese weitere Bedingung der Gewinn eines Rechtsstreits im Mietrecht. Vorliegend wurde eingewendet, dass der Bestell-Button nicht den Hinweis „zahlungspflichtig bestellen“ (oder eine entsprechende Formulierung) enthalten habe, wie es die Richtlinie über die Rechte der Verbraucher (Richtlinie 2011/83/EU) verlangt. In diesem Rahmen stellte sich die Frage, ob dieses Erfordernis auch dann gilt, wenn die Zahlungsverpflichtung des Mieters nicht allein aus der Bestellung folgt, sondern zusätzlich erfordert, dass seine Rechte erfolgreich durchgesetzt werden. Der EuGH hat entschieden, dass der Unternehmer gemäß den Anforderungen der Richtlinie den Verbraucher vor der Aufgabe der Online-Bestellung darüber informieren muss, dass er mit dieser Bestellung eine Zahlungsverpflichtung eingeht. Diese Pflicht des Unternehmers gilt unabhängig davon, ob die Zahlungsverpflichtung des Verbrauchers unbedingt ist oder ob dieser erst nach dem späteren Eintritt einer Bedingung verpflichtet ist, den Unternehmer zu bezahlen. Wenn der Unternehmer seine Informationspflicht nicht beachtet hat, ist der Verbraucher an die Bestellung nicht gebunden. Den Verbraucher hindert allerdings nichts daran, seine Bestellung zu bestätigen.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=286561&pageIndex=0&doclang=de&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=7988453>

I n n e r e s

## **Rat; Billigung von Schlussfolgerungen zur Zukunft der Cybersicherheit**

Der Rat hat am 21.05.2024 Schlussfolgerungen zur Zukunft der Cybersicherheit gebilligt. Die Schlussfolgerungen zielen darauf ab, Leitlinien bereitzustellen und Grundsätze für die Schaffung von mehr Cybersicherheit und Cyber-Resilienz in der EU festzulegen. In den Schlussfolgerungen wird u.a. darauf hingewiesen, wie wichtig es sei, den Schwerpunkt auf die Umsetzung zu legen, um Koordinierung und Zusammenarbeit zu verstärken und eine Fragmentierung der Vorschriften zur Cybersicherheit in sektorspezifischen Rechtsvorschriften zu vermeiden. Zudem wird dazu aufgerufen, Rollen und Zuständigkeiten im Cyberbereich weiter zu klären, Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der Cyberkriminalität zu verstärken und ein überarbeitetes Konzept für den Rahmen für das Krisenmanagement im Bereich der Cybersicherheit zu erstellen. Ferner wird hervorgehoben, wie wichtig es sei, Kleinunternehmen sowie kleine und mittlere Unternehmen zu unterstützen.

<https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2024/05/21/cybersecurity-council-approves-conclusions-for-a-more-cyber-secure-and-resilient-union/>

## **EUAA; Anzahl von Asylanträge in der EU im ersten Quartals 2024 weiter auf hohem Niveau**

Die Europäische Asylagentur (EUAA) hat am 23.05.2024 Zahlen zur Entwicklung der Asylanträge im ersten Quartal 2024 bekanntgegeben. Danach habe es seit Dezember 2023 in der EU einen Rückgang der Asylanträge gegeben, welcher jedoch in Wintermonaten allgemein üblich sei. Insgesamt habe die Zahl der anhängigen Anträge im ersten Quartal 2024 ein Sieben-Jahres-Hoch erreicht. DEU sei im März 2024 mit

18.000 neuen Asylanträgen bzw. 22 % aller in der EU gestellten Anträgen weiterhin das wichtigste Zielland gewesen.

<https://euaa.europa.eu/news-events/moderate-decline-asylum-applications-eu-not-all-member-states>

### **Rat; Finale Annahme der Aktualisierung des Schengener Grenzkodex**

Der Rat hat am 24.05.2024 einen neuen Schengener Grenzkodex gebilligt. Die Reform soll der verbesserten Widerstandsfähigkeit des Schengen-Raumes vor allem an den Außengrenzen dienen. Die neuen Regelungen sehen u. a. die Möglichkeit vor, Grenzkontrollen innerhalb der EU bei schwerwiegenden Bedrohungen auf bis zu drei Jahre zu verlängern. Etwa bei der Gefahr durch Terroranschläge oder organisierte Kriminalität können Grenzkontrollen für einen Zeitraum von sechs Monaten eingeführt werden. Sie sollen allerdings höchstens zwei Jahre dauern dürfen, mit einer möglichen weiteren Verlängerung um ein Jahr. Auch sehen die neuen Regelungen vor, dass bei einer Notlage großen Ausmaßes im Bereich der öffentlichen Gesundheit der Zugang von Drittstaatsangehörigen in die EU leichter begrenzt werden kann. Zudem wird ein Überstellungsverfahren eingeführt, um der Sekundärmigration entgegenzuwirken. Präzisierungen von Vorschriften über die Wiedereinführung von Grenzkontrollen sollen sicherstellen, dass Grenzkontrollen innerhalb der EU ein letztes Mittel bleiben.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2024/05/24/schengen-area-council-adopts-update-of-schengen-borders-code/>

### **Rat; Annahme der Richtlinie zur Bekämpfung des Menschenhandels**

Der Rat hat am 27.05.2024 eine Richtlinie zur Bekämpfung des Menschenhandels angenommen. Die neuen Vorschriften sollen den Strafverfolgungs- und Justizbehörden bessere Instrumente zur Ermittlung und strafrechtlichen Verfolgung neuer Formen der Ausbeutung – einschließlich jener über das Internet – an die Hand geben. Der Schwerpunkt soll sowohl auf Verhütung als auch Bekämpfung des Menschenhandels liegen. Hierfür soll u.a. die Definition des Menschenhandels erweitert und die Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien zum Zwecke des Menschenhandels besser erfasst und strenger geahndet werden. Auch ist vorgesehen, dass die wissentliche Inanspruchnahme von Diensten, die von Opfern des Menschenhandels erbracht werden, zu einer Straftat werden soll.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2024/05/27/fight-against-human-trafficking-council-strengthens-rules/>

### **Europol; Schlag gegen Cyberkriminalität**

Wie das Europäische Polizeiamt (Europol) am 30.05. 2024 bekanntgab, wurde am 27.05.2024 und 29.05.2024 eine durch Europol koordinierte Operation im Kampf gegen Cyberkriminalität durchgeführt. Hierbei seien weltweit über 100 Server außer Betrieb gesetzt worden. Bei der Operation habe es sich um die bislang größte Operation gegen sog. Botnetze gehandelt. Die Operation wurde von DEU, FRA und NDL initiiert und geleitet.

<https://www.europol.europa.eu/media-press/newsroom/news/largest-ever-operation-against-botnets-hits-dropper-malware-ecosystem>

## Bildung und Kultur

### **Rat; Kulturrat; Europäische Kulturhauptstädte 2028**

Am 14.05.2024 hat sich der Rat für Bildung, Jugend, Kultur und Sport in der Formation Kultur mit dem Thema der künftigen europäischen Kulturhauptstädte für das Jahr 2028

auf Initiative der französischen Delegation beschäftigt. Die französische Delegation stellte den Ministerinnen und Ministern die ausgewählte Kulturhauptstadt 2028 vor: die Stadt Bourges, die sich gegen zwei Mitbewerber-Städte durchgesetzt hatte. Unter dem Motto „territoire d’avenir“ werde der Fokus von Bourges insbesondere auf die künstlerische Innovation und soziale Inklusion gelegt. Die Kommission gratulierte auf der französischen Delegation zur Auswahl und hob die Themen Stadtentwicklung sowie die ökologische Nachhaltigkeit für Bourges hervor. České Budějovice wurde für CZR ernannt. Skopje (Nordmazedonien) wird seitens der EU-Beitrittskandidaten die dritte Kulturhauptstadt Europas für 2028 sein.

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-8822-2024-INIT/en/pdf>

### **Kommission; Kreatives Europa; Europa Nostra Auszeichnungen;**

Die Kommission und Europa Nostra haben am 30.05.2024 die ausgezeichneten Orte bzw. Preisträger des Europäischen Europa-Nostra-Preises 2024 bekannt gegeben, der vom EU-Förderprogramm Kreatives Europa kofinanziert wird. In diesem Jahr gehen Europas prestigeträchtigste Auszeichnungen für das Kulturerbe an 26 herausragende Preisträger aus 18 Ländern, auch über die EU hinaus. Das Spektrum der Auszeichnungen reicht von einem einzigartigen Renovierungsprojekt unter der Leitung ehemaliger Bergleute in POL über ein innovatives AI-Forschungsprojekt zur Verbesserung des Zugangs zum europäischen Zeitungserbe, ein erfolgreiches Schulungsprogramm zur Wiederbelebung traditioneller Handwerkskunst für den zeitgenössischen Baubedarf in GRI, ein visionäres gemeinschaftliches Projekt zur Rückgewinnung des städtischen Erbes in Gent (BEL) bis hin zu einer zivilgesellschaftlichen Vereinigung, die seit mehr als 70 Jahren das Bewusstsein für die Bedeutung des kulturellen Erbes der Welterbestadt Dubrovnik (KRO) schärft. Die diesjährigen Preisträger sollen ein Beispiel für die Dynamik, die Vielfalt und die Innovation sein, die in ganz Europa bei den Bemühungen um den Schutz und die Förderung unseres reichen Kulturerbes zu beobachten sind. Insgesamt waren 206 Bewerbungen von Organisationen und Einzelpersonen aus 38 europäischen Ländern eingereicht worden. In Brüssel wurde das Royale Belge-Gebäude ausgezeichnet, das 1970 als Hauptsitz der Versicherungsgesellschaft Royale Belge fertiggestellt wurde. In DEU kam das Herrenhaus Schulenburg zum Zuge. Dieses Restaurierungsprojekt gilt ein leuchtendes Beispiel für die Erhaltung der Architektur des 20. Jahrhunderts. Online kann nun über den „Publikumspreis“ abgestimmt werden.

<https://vote.europanostra.org/>

## Information, Kommunikation und Medien

### **Rat; neue Sanktionen gegen Russland nahestehenden Medienunternehmen**

Der Rat hat am 17.05.2024 beschlossen, im Zuge der Sanktionen gegen Russland wegen des Ukrainekrieges die Sendetätigkeiten von vier weiteren Medienunternehmen auszusetzen. Betroffen sind die prorussische Plattform Voice of Europe mit Sitz in Prag, die staatliche russische Nachrichtenagentur RIA Novosti, sowie die Zeitungen Izvestia und Rossiyskaya Gazeta. Sie unterstehen der direkten oder indirekten Kontrolle Russlands und haben wesentlich dazu beigetragen, den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine zu befeuern und zu unterstützen, sowie die Nachbarländer zu destabilisieren, so der Rat. Seit Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine hat die EU mehreren Medien, die unter russischem Einfluss stehen, die Lizenz entzogen bzw. entsprechende Anträge auf Erteilung einer Sendelizenz abgelehnt. So wurden z.B. mit der Verordnung (EU) 2022/350 des Rates vom 01.03.2022 Sendeverbote gegen Russia Today und Sputnik verhängt.

## V e r a n s t a l t u n g e n

### **Besuch des Vereins der Rechtsreferendare Hessen e.V.**

Ein informatives Programm erwartete die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Informationsreise des Vereins der Rechtsreferendare Hessen e.V. am 27./28.05.2024. In der Vertretung des Landes Hessen bei der EU stellte zu Beginn Dr. Perdita de Buhr die Arbeit der Vertretung vor. Anschließend gab Amelie Giesemann, Mitglied im Kabinett der Präsidentin des Europäischen Parlaments (EP) Roberta Metsola, einen Überblick über die Arbeit des EP. Tätigkeiten und Aufgaben der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der EU stellte Manuela Ulrich, EU-Rechtsberaterin in der Ständigen Vertretung, dar. Dr. Natasa Athanasiadou, Mitglied im Kabinett von Kommissar Hahn, erläuterte Personalstrategie und Beschäftigungsmöglichkeiten der KOM. Weitere Gespräche fanden statt mit Charles Manoury vom Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss (EESC) und Marcel Tobias Schreiber von der Konferenz der peripheren maritimen Regionen (CPMR). Gespräche mit Dr. Benedikt Kutenkeuler, Head of Government Affairs EU der Siemens AG, und im Büro Brüssel der Anwaltskanzlei Noerr Partnerschaftsgesellschaft mbB rundeten das Programm ab.

## V o r s c h a u

Auf folgende Tagesordnungspunkte von Sitzungen der nächsten zwei Wochen wird insbesondere hingewiesen:

### **Rat**

13.-14.06.2024                      Rat – Justiz und Inneres

### **Europäische Kommission**

12.06.2024                      Entwurf des Haushaltsplans2025  
Jährlicher Management- und Leistungsbericht für den EU-Haushalt  
Mitteilung über den gemeinsamen Umsetzungsplan für den Migrationspakt

### **Europäisches Parlament**

06.-09.06.2024                      Wahlen zum Europäischen Parlament

## **Ausschuss der Regionen**

14.06.2024 NAT-Fachkommissionssitzung  
Förderung des Roots-Tourismus – Reisen in die Heimat der Vorfahren – für eine nachhaltige lokale Revitalisierung (Abstimmung)

## **Europäischer Gerichtshof/EuG**

05.06.2024 Urteil des Gerichts in der Rechtssache T-58/23  
Supermac's / EUIPO - McDonald's International Property (BIG MAC) – Verfall von Unionsmarken

05.06.2024 Urteil des Gerichts in der Rechtssache T-134/21  
Malacalza Investimenti und Malacalza / Europäische Zentralbank – Aufsichtsfunktion der EZB;  
Kostenerstattung/Schadenersatz

06.06.2024 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtsmittelsache C-441/21  
P Ryanair / Kommission – Staatliche Beihilfen in der Covid-19-Krise: Solvenzhilfefonds (ESP)

06.06.2024 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-547/22  
INGSTEEL – Schadenersatz für entgangene Chancen im Vergaberecht (SLK)

06.06.2024 Schlussanträge der Generalanwältin am Gerichtshof in der Rechtssache C-158/23 Keren – Bußgeldbewehrte und kostenpflichtige Integrationspflicht für Asylberechtigte (NDL)

06.06.2024 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-264/23 Booking.com und Booking.com (DEU) – Streit um Bestpreisklauseln (NDL)

06.06.2024 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-314/23 Air Nostrum – Diskriminierung aufgrund des Geschlechts (ESP)

11.06.2024 Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) in der Rechtssache C 646/21 Staatssecretaris van Justitie en Veiligheid (Sich mit den Werten der Union identifizierende Personen) – Berücksichtigung der gesellschaftlichen Anpassung bei Asylanträgen (NDL)

11.06.2024 Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) in der Rechtsmittelsache C 221/22 P Kommission / Deutsche Telekom – Verzugszinsen bei einer zu Unrecht verhängten Geldbuße

13.06.2024 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C 123/22  
Kommission / Ungarn (Zuerkennung des internationalen



Schutzes II – Vertragsverletzung eines Mitgliedstaats  
(zweite Beschwerde) – Vertragsverletzungsverfahren

13.06.2024 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-563/22  
Zamestnik-predsedatel na Darzhavna agentsia za  
bezhantsite (Asylantenstatus – Staatenlose  
palästinensischer Herkunft) – Internationaler Schutz für  
palästinensische Staatenlose (BUL)

13.06.2024 Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof in der  
Rechtssache C-365/23 Arce – Erfolgsbeteiligung bei der  
Finanzierung der Sportkarriere eines Minderjährigen  
(Lettland)

**Der nächste Bericht aus Brüssel erscheint am 14.06.2023.**

## Abkürzungsverzeichnis

<b>Europäisches Parlament</b>	
Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)	EVP
Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament	S&D
Fraktion Renew Europe	RN
Fraktion der Grünen /Freie Europäische Allianz	GRÜNE
Europäische Konservative und Reformisten	ECR
Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken /Nordische Grüne Linke	GUE
Fraktion Identität und Demokratie	ID
Fraktionslos	FL
<b>EU-Mitgliedstaaten</b>	
Belgien	BEL
Bulgarien	BUL
Dänemark	DNK
Deutschland	DEU
Estland	EST
Finnland	FIN
Frankreich	FRA
Griechenland	GRI
Irland	IRL
Italien	ITL
Kroatien	KRO
Lettland	LET
Litauen	LIT
Luxemburg	LUX
Malta	MTA
Niederlande	NDL
Österreich	AUT
Polen	POL
Portugal	PTL
Rumänien	ROM
Schweden	SWE
Slowakei	SLK
Slowenien	SLO
Spanien	ESP
Tschechische Republik	CZR
Ungarn	HUN
Zypern	CYP
<b>Länder außerhalb der EU</b>	
Vereinigtes Königreich	GBR
Vereinigte Staaten von Amerika	USA